

Köln, 28.10.2008

Sehr geehrtes Kollegium des Gottfried-Herder-Gymnasiums in Köln,

am Tag der Offenen Tür bietet das Gottfried-Herder-Gymnasium ein vielfältiges Programm, unter anderem befremdlicherweise, wie wir finden, auch einen Auftritt der Bundeswehr. Als Friedens-Initiative möchten wir in diesem Zusammenhang Sie als Pädagogen Folgendes fragen:

- Die Bundeswehr benötigt für ihre Auslandseinsätze – soeben wird ja die Afghanistan-Truppe wieder aufgestockt – mehr Soldaten-Nachwuchs und wirbt massiv mit attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten bei guter Bezahlung. In Zeiten grassierender Jugendarbeitslosigkeit vermutlich nicht vergebens, jedoch eventuell mit tödlichen Folgen. Die Jugendlichen müssen sich für mindestens acht Jahre verpflichten und unterschreiben, dass sie auch Auslandseinsätzen zustimmen. Damit werden Leib und Leben (nicht nur von Soldaten, sondern auch von ZivilistInnen in aller Welt) aufs Spiel gesetzt. Die Tragweite einer solchen Entscheidung dürfte den jungen Leuten in der Regel kaum bewusst sein. Wie wurden diese Aspekte im LehrerInnen-Kollegium diskutiert?

-Laut dem aktuellen Bericht des Wehrbeauftragten Reinhold Robbe kehrten 700 Soldaten schwer traumatisiert aus Auslandseinsätzen zurück, die Dunkelziffer sei allerdings vermutlich viermal so hoch. Es soll daher ein „Zentrum für PTBS-Erkrankungen der Bundeswehr“ eingerichtet werden. PTBS bedeutet „Posttraumatisches Belastungs-Syndrom“; dazu zählen laut Bericht des Wehrbeauftragten „schwerste Persönlichkeitsveränderungen, Entfremdung von der Familie und irgendwann der Fall ins Bodenlose“. Sind Ihnen diese Fakten bekannt?

Die Bundeswehr läßt sich ihre Reklameeinsätze viel kosten -für Unterrichtsmaterial zum Beispiel bis 2008 allein 223 000 Euro jährlich, für 2008 und 2009 je 330 000 (Geld, das unserer Ansicht nach besser für mehr Lehrpersonal und kleinere Klassen bereitgestellt werden sollte). In den teuren Materialien des Militärs erscheint die Soldaten-Tätigkeit in angenehmstem Licht. Sport, Kameradschaft und Abenteuer werden herausgestellt, auf Risiken und Gefahren sowie natürlich auch ethische Bedenken wird nur am Rande hingewiesen. Dabei stellen ja selbst Militärkreise mittlerweile in Frage, ob Einsätze am Hindukusch unserer Verteidigung dienen.

Wir meinen, dass Schulen sich nicht als Plattform für Soldaten-Werbung hergeben sollten. An Ihrer Meinung hierzu sind wir sehr interessiert. Über ein persönliches Gespräch mit Ihnen würden wir uns freuen.

Bitte überdenken Sie die Entscheidung, die Bundeswehr in Ihre Schule einzuladen. Die bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege sollten uns zur Mahnung dienen.

Mit friedlichen Grüßen

PAX an
Arbeitskreis Frieden Köln

Anhang: Artikel der Kölner GEW-Zeitung

Herrn Reinhart Herder
Städtisches Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium
Kattowitzer Str. 52
51065 Köln

Köln, 12.11.2008

Sehr geehrter Herr Herder,

danke für Ihre Antwort auf unseren Brief zum Thema Bundeswehr-Einladung zur Berufsorientierungs-Veranstaltung im Rahmen Ihres Tags der Offenen Tür.

Es tut uns leid, dass Sie uns als intolerant ansehen. Wir möchten Sie dennoch herzlich bitten, doch noch einmal die Ohren für unser Anliegen zu öffnen.

Wer Unrecht toleriert, wird es nicht ändern, und „repressive Toleranz“ dient der jeweils herrschenden Macht. Darum können wir zum Tötungshandwerk der Soldaten nicht schweigen. Wenn auch die hiesigen Medien vor allem über Todesopfer der eigenen Seite berichten, so dringen doch hin und wieder Informationen über so genannte Kollateralschäden durch – d.h. zivile Opfer der UN- und Nato-Einsätze, an denen die Bundeswehr sich beteiligt. Für diese Toten und Verletzten tragen wir Mitverantwortung.

Ein Arbeitgeber, der die Bereitschaft zum Töten und Getötetwerden verlangt, ist in unseren Augen keineswegs gleichzusetzen mit anderen Arbeitgebern, die zwar oft nicht „ohne Fehl und Tadel“ sind, aber doch nicht verlangen, Leben aufs Spiel zu setzen.

Sie schreiben: „Die bittere Erfahrung der Intoleranz in der Geschichte“ solle uns zur Mahnung dienen. Dem stimmen wir aus vollem Herzen zu: Die Geschichte des Nationalsozialismus in diesem Lande mahnt uns, nicht zu schweigen, wenn Gewalttaten vorbereitet oder verübt werden. Was wäre uns erspart geblieben, wenn unsere Eltern bzw. Großeltern in den 20er und 30er Jahren den Nationalsozialisten gegenüber nicht so „tolerant“ gewesen wären? Was wird uns erspart werden, wenn wir heute der menschenverachtenden Politik unserer Regierung zur „Sicherung unserer Interessen“ (sind es nicht eher die deutscher Unternehmen?) mit Hilfe der Bundeswehr gegenüber „intolerant“ sind?

Ihr Hinweis, der Kollege Eimermacher habe die Gestaltung der Berufsorientierungs-Veranstaltung zu verantworten, erstaunt uns. Gesellschaftliches Engagement bedeutet unserer Auffassung nach, sich einzumischen, wenn es erforderlich ist, auch wenn wir nicht offiziell „zuständig“ sind. In diesem Punkt vor allem sind wir uns wohl uneinig: ob dies hier Not tut.

In der Lage zu sein, sich ein eigenes Urteil zu bilden, schließt unserer Ansicht nach nicht aus, in Dialog zu treten. Um ihn zu befördern, hatten wir einige Fakten zur Fundierung unserer Argumente angeführt. Die Frage, ob diese Ihnen bekannt seien, war nicht rhetorisch gemeint, sondern gestellt in der Hoffnung auf Reaktionen aus Ihrem Kollegium. Ist denn unter Ihnen keine Diskussion zur

Einladung der Bundeswehr geführt worden? Und warum ruft die Frage danach bei Ihnen, wie Sie betonen, Abwehr hervor?

Wir glauben durchaus, dass Sie diese Dinge beurteilen können. Aber wie sieht es mit den Ihnen anvertrauten jungen Menschen aus?

Mit friedlichen Grüßen

PAX an

i.A. Ariane Dettloff

Herrn
Dr. Röhrig
Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium
Kattowitzer Str. 52
51065 Köln

Köln, 16.11.2008

Sehr geehrter Herr Dr. Röhrig,

vielen Dank für Ihr Antwort-Schreiben vom 31.10.2008.

Wir freuen uns, dass bei vielen Kollegen des Herder-Gymnasiums Einwände gegen Reklame-Einsätze der Bundeswehr sowie deren Einsatz in Afghanistan bestehen. Wir bedauern es allerdings, dass diese nicht zur Ausladung des Militärs vom Berufsorientierungstag geführt haben.

Einige Ihrer Aussagen haben uns zusätzlich irritiert. Ihre Ansicht, es handle sich bei der Bundeswehr um einen normalen Arbeitgeber, können wir nicht teilen. Das Militär ist insofern keineswegs ein Arbeitgeber wie andere, als es nicht darauf aus ist, die Fähigkeiten junger Menschen nutzbringend weiterzuentwickeln. Im Gegenteil, es unterdrückt die Individualität, um die Soldaten für das Funktionieren nach dem Prinzip „Befehl und Gehorsam“ tauglich zu machen und zum Töten abzurichten. Und die Furcht, selbst getötet zu werden, führt im Krieg immer wieder zu Mord, Raub und Vergewaltigungen. Viele Soldaten kehren traumatisiert aus Kriegseinsätzen zurück – auch aus dem aktuellen in Afghanistan. Solche Berufsrisiken gibt es exklusiv bei der Bundeswehr, worauf sie jedoch höchstens ganz am Rande hinweist.

Sie schreiben auch, die Bundeswehr sei ein demokratisches Staatsorgan. Wir meinen: die Bundeswehrsoldaten bezeichnen sich zwar gern als „Bürger in Uniform“, aber militärische Ausbildung und Struktur widerspricht wesentlich demokratischen Grundsätzen. Sie ist nicht nur äußerst autoritär – immer wieder werden auch bei der Bundeswehr rechtsextreme Vorfälle bekannt. Ganz offiziell werden Traditionen aus dem Nazi-Reich wie zum Beispiel öffentliche Gelöbnisse wiederbelebt.

Dass das deutsche Parlament einen laut Grundgesetz-Artikel 87a („Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“) verfassungswidrigen Kampfeinsatz der Bundeswehr am Hindukusch beschließt, bleibt uns unverständlich. Würde man die Bevölkerung direkt darüber abstimmen lassen, würden solche Einsätze abgelehnt. Das Grundgesetz untersagt auch in Artikel 26,1 immer noch Angriffskriege, auch wenn diese manchmal als „humanitäre Einsätze“ o.ä. umdefiniert werden. Der sogenannte Kosovo-Konflikt war zudem völkerrechtswidrig, da er ohne UN-Mandat geführt worden ist.

Johann Gottfried Herder sagt in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“:
„Weder Krieger noch Mönche nähren ein Land“. Will Herder damit vielleicht sagen, dass Kriege
einem Land nichts nutzen und somit der Beruf des Kriegers nicht empfehlenswert sei?
Wir fänden es gut, wenn bei weiteren Berufsorientierungstagen des Johann-Gottfried-Herder-
Gymnasiums nur zivile Arbeitgeber eingeladen würden.

Mit freundlichen Grüßen

PAX AN

Arbeitskreis Frieden Köln

i.A. Ariane Dettloff